

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 4. März 1931

Nummer 18

## Gewerkschaftliche Interpellation des Reichspräsidenten

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten-Verbände sind unter der Führung von Theodor Leipart am 26. Februar beim Reichspräsidenten vorstellig geworden, um ihm in einer Aussprache die ersten Besorgnisse der Gewerkschaften über die Lage der deutschen Arbeiterschaft und die Not der Erwerbslosen vorzutragen. Die Vertreter der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen haben ihre Auffassung über die Lage der Wirtschaft und ihre Forderungen zur Verringerung der Not der Arbeiter und Angestellten, der arbeitenden wie der Erwerbslosen, in einer gemeinsamen schriftlichen Willenskundgebung zusammengestellt und zur Kenntnis des Reichspräsidenten gebracht. An der Aussprache nahmen auch der Reichskanzler und der Reichsarbeitsminister teil.

Einsleitend führte der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, folgendes aus: Wir erscheinen vor Ihnen als Vertreter von 5 1/2 Millionen organisierten Arbeitern und 1 1/2 Millionen organisierten Angestellten. Wir sprechen aber nicht nur im Namen unserer fast 7 Millionen Mitglieder, sondern im Namen der 12 Millionen Arbeiter, für die unsere Verbände Tarifverträge abgeschlossen haben und deren Interesse sie zu schützen berufen sind. Wir sprechen also im Namen von mehr als einem Drittel des erwerbstätigen Volkes, im Namen der Hälfte der städtischen Bevölkerung. Wir vertreten vor Ihnen jene Schicht deutscher Bürger, die von der gegenwärtigen Krise am stärksten und am peinlichsten betroffen sind. Ende Januar waren 34,5 Proz. unserer Mitglieder arbeitslos, weitere 20 Proz. arbeiteten verkränkt, und weniger als die Hälfte waren noch voll beschäftigt. Durch unsern Mund sprechen also auch die fünf Millionen Arbeitslose, auf deren trostlose Lage wir Ihre Aufmerksamkeit lenken und für die wir Ihre Hilfe anrufen möchten.

Wir haben lange gezögert, Ihre Zeit für uns in Anspruch zu nehmen. Wir waren und sind überzeugt, daß die große Sorge der Arbeitslosigkeit, die alle mitfühlenden Herzen in der ganzen Welt erfaßt hat und alle sozial denkenden Menschen bedrückt, auch eine der größten Sorgen Ihres hohen Amtes ist. Wir glaubten deswegen es nicht nötig zu haben, unsere Mäute und unsere Klagen Ihnen erst noch vorzutragen. Aber die Lage ist von Woche zu Woche, von Monat zu Monat immer bedrohlicher geworden. Die Last der Verantwortung, die wir für das Schicksal der arbeitenden Bevölkerung insgesamt und für die Arbeitslosen im besonderen zu tragen haben, dieses Gefühl der Verantwortung auch für die Zukunft des ganzen Volkes ist es, das uns heute hierher geführt hat.

Wir wissen natürlich, daß die jetzige große Arbeitslosigkeit eine internationale Erscheinung ist, daß ihre Ursachen nicht im eignen Lande allein zu suchen sind, daß es sich um eine schwere Wirtschaftskrise in der ganzen Welt handelt. Wir wissen auch und nehmen darauf Rücksicht, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk vor andern Völkern vorbelastet ist durch die schweren Reparationslasten. Diese Lasten sind nicht die eigentliche, zum mindesten nicht die einzige Ursache der Krise in Deutschland, wie man sie uns weismachen möchte. Aber sie haben natürlich zur Verschärfung der Lage in Deutschland wesentlich beigetragen.

Wie scharf die Krise in Deutschland wütet, haben ich bereits angeführt. Besonders verzweifelt steht es unter der Arbeiterschaft in Ostpreußen und Pommern aus,

wo Ende Januar 48 bis 49 Proz. unserer Mitglieder arbeitslos waren. Nicht viel besser ist auch die Beschäftigung in Schlesien, Sachsen und Mitteldeutschland. Nicht nur die Bauberufe weisen eine noch nicht dagewesene Arbeitslosigkeit von 70 bis 80 Proz. auf, sondern auch in vielen Industriezweigen gibt es heutzutage mehr Arbeitslose als Beschäftigte. In der Tabakindustrie waren Ende Januar 58,5 Proz. arbeitslos und weitere 18,6 Proz. arbeiteten verkränkt. In der Textilindustrie sind nur 33,1 Proz. noch voll beschäftigt, im Holzgewerbe 35,5 Proz., unter den Schuhmachern nur noch ganze 12,7 Proz.

Ich darf, Herr Reichspräsident, in einem kurzen Wort darauf hinweisen, welche Gefahr für Staat und Gesellschaft sich hier entwickelt hat und sich immer weiter vergrößern wird, wenn der Arbeitslosigkeit nicht endlich gesteuert wird. Es besteht auch eine große Gefahr für die Zukunft der deutschen Wirtschaft, von der wir wissen, daß sie sich nur mit Qualitätsarbeit der ausländischen Konkurrenz gegenüber behaupten kann. Es ist aber klar, daß der Arbeiter, der jahrelang an der Ausübung seines Berufs gehindert ist, seine Berufserfahrung und Berufstüchtigkeit und damit auch natürlich die Eignung zum Qualitätsarbeiter verlieren muß.

Und wie ist nun die wirkliche Lage der Arbeitslosen? Nur ein Drittel von ihnen erhält noch in vollem Umfang die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Zwei Drittel sind angesichts der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ausgesteuert und auf die dürftige Arzts- und Wohlfahrtsfürsorge angewiesen. Wir fühlen uns verpflichtet, vor Ihnen besonders im Namen dieser unserer Volksgenossen das Wort zu nehmen.

Aber auch die Arbeiter und Angestellten, die in den Betrieben stehen, fühlen sich von zwei Seiten durch die ungeheure Krise getroffen. Erstens leben sie unter der ewigen Furcht bevorstehender neuer Entlassungen; weiterhin fühlen sie den gewaltigen, nach ihrem Dafürhalten durch nichts gerechtfertigten Druck auf ihren Arbeitslohn.

Schon Anfang 1930 setzte der stillschweigende Lohnabbau in den meisten Wirtschaftszweigen ein. Im Laufe des vergangenen Jahres haben die Arbeiter ihre Akkordlöhne und sonstigen übertariflichen Verdienste allmählich abstin. Die Einkommensabhänge, die Lohnempfänger infolge des Ausfalls an Arbeitsstunden und der Kürzung der Akkordlöhne zu tragen haben, übersteigen um ein Vielfaches die Opfer, die man den Festbesoldeten aufzuerlegen für billig hält. Und nach diesem „kalten Lohnabbau“ begann dann der Angriff der Unternehmer auf die Tariflöhne, dem die Reichsregierung ihre Unterstützung leiht und die die Arbeiter als eine große Ungerechtigkeit empfinden.

Bis jetzt wurde dieser zweite Lohnabbau für rund drei Millionen durchgeführt, in den nächsten Monaten stehen aber neue gewaltige Tarifbewegungen in den verschiedenen Berufen bevor, und die Arbeiter haben das Gefühl, daß sie bei diesen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, bei diesem Generalangriff auf ihre Löhne und Gehälter, auf die Lebenshaltung ihrer Familien, nicht den Schutz der staatlichen Macht finden, auf den sie glauben, wie alle andern Berufsschichten einen berechtigten Anspruch zu haben.

Deshalb haben wir, die Vertreter aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, unsere Wünsche an Sie, Herr Reichspräsident, und unsere Vorschläge in einer gemeinsamen Erklärung ausgegossen, die ich die Ehre habe, Ihnen hiermit vorzutragen.

„Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten möchten die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die überaus bedrückte Lage der deutschen Arbeiter richten. Bei aller Würdigung der schwierigen Lage anderer Berufsschichten bleibt doch unbestreitbar, daß Not und Elend nirgends so groß sind wie bei den fünf Millionen Erwerbslosen und deren Familien. Aber auch die Lebenshaltung der Arbeitenden ist so stark eingeschränkt, daß Arbeitsfähigkeit und Arbeitswille, Gesundheit und Wirtschaft des deutschen Volkes darunter aufs schwerste leiden.

Unsre größte Sorge ist die um das Schicksal der unfreiwillig Arbeitslosen. Vornehmste Gegenwartsaufgabe ist die Wiedereinführung dieser Millionen in den Produktionsprozeß. Die bisherigen Maßnahmen haben sich als unzulänglich erwiesen; einige davon, in erster Linie die vielfach schematisch durchgeführte Lohnsenkung, als schädlich. Nicht zuletzt in Auswirkung der die Kaufkraft verringenden Lohnsenkung ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Die Einstellung der von den deutschen Unternehmern und amtkörperlich getriebenen Lohnsenkungspolitik ist eine der ersten Voraussetzungen zur Gesundung der Wirtschaft und zur Beruhigung der deutschen Arbeiter. Wir anerkennen, daß die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft und der Arbeiter auch durch Ergebnisse herbeigeführt worden ist, die zu beseitigen außerhalb der für Deutschland gegebenen Möglichkeiten liegt. Um so mehr ist notwendig, daß innerhalb der uns gezogenen Grenzen mit äußerster Energie an der Beseitigung aller Störungen der Wirtschaft gearbeitet wird. Das ist unserer Auffassung nach noch nicht im erforderlichen Ausmaße geschehen.

Soweit der Abbau der Preise in Frage kommt, vollzieht er sich langsamer als die Senkung der Löhne und Gehälter. Auf weiten Gebieten ist ein Zurückgehen der Preise noch kaum sichtbar. Hier liegen noch unausgeschöpfte Möglichkeiten zur Konsumbelebung. Die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand wird gemindert durch Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beteiligten Verwaltungen, die sich praktisch als Erschwerung der zuzuführenden Arbeitsbeschaffung auswirken und deshalb beseitigt werden müssen. Die Erhöhung des Inlandsverbrauchs als eines der bedeutendsten Mittel zur Steigerung des Beschäftigungsgrades bedingt auch nach unserer Meinung eine kaufkräftige Landwirtschaft, deren Schutz aber innerhalb der Grenzen zu bleiben hat, die von der Rücksiht auf unsern industriellen Export und auf die Lebenshaltung der breiten Massen gezogen werden müssen. Wir sehen uns deshalb genötigt, darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtig vorliegenden agrarpolitischen Pläne über diese Grenzen teilweise weit hinausgehen und u. E. abgelehnt werden müssen. Bis zur vollen Beschäftigung des deutschen Produktionsapparates muß, um einen größeren Teil der unfreiwillig Arbeitslosen wieder in geregelte Tätigkeiten zu bringen, die Arbeitszeit wesentlich verkürzt, möglichst auf regelmäßig 40 Stunden gesenkt werden. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind unter Sicherung der Massenkauftkraft mit größter Beschleunigung herbeizuführen.

Als eine unbedingte Notwendigkeit sehen wir die Erhaltung eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf ein Existenzminimum für die arbeitslosen Volksgenossen an. Voraussetzung dazu ist die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung mit gesicherter Leistungsfähigkeit und die ausreichende Finanzierung einer anschließenden Fürsorge.

Mit besonderem Nachdruck erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des Herrn Reichspräsidenten auf die Angriffe zu lenken, die gegen die tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, das Schlichtungswesen einschließlich der Verbindlichmachung von Schiedsprüchern und gegen die Sozialversicherung geführt werden. Die deutsche Arbeitnehmerschaft kann und darf nicht dulden, daß ihr Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und das Anrecht auf gesetzlich gewährleisteten Schutz im Falle unverschuldeter Leistungsschwäche angefochten wird. Die Spitzenverbände der Arbeiter haben den dringenden Wunsch, daß alle

Schritte, die zur Vinderung der Not der deutschen Arbeiter erforderlich sind, im Einverständnis mit allen daran beteiligten Kreisen mit Beschleunigung durchgeführt werden. Die deutschen Arbeiter haben leither härteste Opfer gebracht. Sie müssen es aber, als dem Gesamtwohl widersprechend, ablehnen, im Mißverhältnis zu andern Volksschichten über ihre Kraft hinaus mit den Folgen der wirtschaftlichen Krise befaßt zu werden."

Von einer ausführlichen Begründung im einzelnen — so schrieb Leipart seine Ausführungen — möchte ich der Kürze halber absehen, würde es aber mit Freude begrüßen, wenn Sie gestatten würden, daß in einer nachfolgenden Aussprache der eine oder andere meiner Kollegen vielleicht noch das Wort ergreifen dürfte.

Der Reichspräsident erteilte darauf das Wort an Imbusch, der treffende Worte über die Unmöglichkeit sagte, der Landwirtschaft jetzt durch Zollerhöhungen und ähnliche Maßnahmen eine Gefälligkeit zu erweisen, die zur Folge haben müßte, daß die Lage der Arbeitslosen und der gesamten Arbeiterschaft durch Verteuerung der Lebenshaltung noch weiter verschlechtert würde. Außerdem würde das Ausland sicher zu Gegenmaßnahmen greifen, so daß auch der Export von Industrieerzeugnissen gefährdet und die Zahl der Arbeitslosen abermals vermehrt würde.

Beck sprach alsdann von der traurigen Lage der älteren Angestellten, die im Gegensatz zu den Arbeitern für alle Zukunft keine Aussicht hätten, überhaupt wieder Beschäftigung zu erhalten.

Kollege Leipart fand Gelegenheit, die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung noch einmal hervorzuheben. Er verwies darauf, daß durch die gewaltige Vermehrung des Angebots sowohl der menschlichen wie der maschinellen Arbeitskräfte die Lage sich gewaltig geändert habe gegenüber der Zeit, als der Achtstundentag zum Gesetz erhoben wurde. Sollen die Arbeitslosen überhaupt wieder beschäftigt werden, so bleibe nur die Verkürzung der Arbeitszeit übrig.

Schneider vom Gewerkschaftsbund der Angestellten unterstützte diese Ausführungen Leiparts und sagte, daß nicht nur die älteren Angestellten der Arbeitslosigkeit ausgesetzt seien, sondern ebenso auch die jungen, die jetzt schon in der Regel nach bestandener Lehrzeit entlassen werden.

Grafmann sprach eindrucksvoll gegen die Politik der Lohnsenkung. Aus einer Rede des Reichsarbeitsministers Stegerwald ist erwähnenswert, daß er mehrfach mit starker Betonung erklärte, er würde am dem Kern der Tarifverträge, am dem Kern des

Schlichtungswesens, an dem Kern der Sozialversicherung während seiner Amtszeit nicht rütteln lassen. Aber, fügte er hinzu, es gebe auf diesen Gebieten eine Anzahl Inflationserscheinungen und Unausgeglichenheiten, die noch beseitigt werden müßten.

Reichskanzler Brüning bemerkte zum Schluß, er wolle gegenüber irreführenden Mitteilungen in der Öffentlichkeit heute schon sagen, daß die Ermächtigung, die die Regierung in dem neuen agrarpolitischen Gesetzentwurf vom Reichstag verlange, nicht so gedacht sei, daß die Regierung nun sofort Zollerhöhungen durchzuführen beabsichtige. Vielmehr solle jede eventuelle Zollerhöhung davon abhängig sein, daß die Landwirtschaft zuvor gewisse Bedingungen auf dem Gebiet der Selbsthilfe erfülle, so auf dem Gebiet der Rationalisierung, der Standardisierung, der Verkaufszusammenfassung durch Ausbau des Genossenschaftswesens usw. Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen werde die Regierung von der Ermächtigung eventuell Gebrauch machen.

Dann beendete Reichspräsident Hindenburg die Unterredung, indem er betonte, daß er für die Aussprache dankbar sei, daß er die Sorge der Vertreter der Gewerkschaften teile, und daß er und die Reichsregierung das Notwendige und Mögliche tun werden, um zu helfen. ADGB

### Die Sünde der Überkapitalisierung

Nicht nur die sozialistische, sondern auch die liberale Wirtschaftstheorie erblickt den letzten Grund der Wirtschaftskrise in der volkswirtschaftlichen Kapitalverschleudung. Es gehört zum kapitalistischen Wirtschaftsprinzip, daß in Zeiten guter Konjunktur die überschüssige der Unternehmungen ebenso wie die Sparrkapitalien den Unternehmungen und Wirtschaftszweigen zuströmen, die dem Gelde die höchste Realverzinsung in Aussicht stellen. Das wiederum sind die, die mit guten Gewinnen arbeiten, was ihnen ein flotter Umsatz und demzufolge eine hochgradige Ausnützung ihrer Betriebsanlagen gestattet. Dadurch wird der Anreiz geschaffen, die Leistungsfähigkeit (Kapazität) durch verstärkte Maschinenanwendung, Erweiterung der betrieblichen Anlagen und, soweit es sich um ganze Industriezweige handelt, durch Neugründungen immer mehr zu steigern. Diese Bewegung wird noch verstärkt durch die Ausdehnung des Kreditvolumens, die eine ständige Begleitererscheinung jeder Hochkonjunktur ist. Jeder Industrielle und jeder Bankmann kalkuliert eben von dem jeweiligen Stande der Rentabilität bzw. von der augenblicklichen Sicherheit des auszuleihenden Kapitals aus. Dafür nun werden nur die Umschlagziffern zurückliegender Geschäftsepochen, nicht aber die bei einem eventuellen Wirtschaftsumschwung sich ergebenden ins Auge gefaßt. Man kalkuliert nach dem Muster „als ob es immer so bliebe“. Der gesamtwirtschaftliche Mittelpunkt des erforderlichen Güterbedarfes kommt nirgendwo zur Geltung, und so ist dann über kurz oder lang eine Aufblähung des technischen Apparates zu beobachten, die einmal zu dem vom Bedarf gestellten Ansprüchen in keinem Verhältnis mehr steht und zweitens die Rentabilität des in den technischen Apparat gesteckten Kapitals nicht mehr zu gewährleisten vermag. Dieser Widerspruch, den das anarchische System der kapitalistischen Marktwirtschaft wieder und immer wieder erzeugt, ist der letzte Krisengrund. Das erkennt, wie oben schon erwähnt wurde, auch die liberale Wirtschaftstheorie an, nur spricht sie dem Kapitalismus die Kraft und die Fähigkeit zu, durch Einimpfen wirksamer Gegengifte die Depression zu überwinden, was von dem Sozialisten, der eine dauernde Ausschaltung der Krise nur in einem Wandel des Wirtschaftssystems erblickt, fähig bezweifelt wird. Die liberale Wirtschaftsauffassung bewegt sich etwa in folgenden Gedankengängen. Die sehr viel stärker als der Verbrauch gesteigerte Erzeugungsmöglichkeit führt automatisch zu einem Ansteigen der Warenvorräte. Dadurch wird das Angebot außerordentlich vergrößert, und der sich nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage bildende Preis sinkt rapide ab. Eine entsprechende Verringerung der Gewinne ist die unausbleibliche Folge des Preissturzes, und die Unternehmer, die jenseit Kapital investiert haben, sehen in Konturs, da es ihnen nicht mehr möglich ist, die erforderliche Zinsenlast für die investierten Kapitalien aufzubringen. Der Konturs bedeutet aber keine Substanzvernichtung, seine Verminderung der technischen Kapazität, sondern, volkswirtschaftlich gesehen, nur eine großzügige Umbildung der Werte. Ein Beispiel mag diese liberale Beweisführung veranschaulichen. Ein Bauunternehmer errichtet für 100 000 M. ein Wohnhaus, da ihm die infolge der Wohnungsnot vergrößerte sehr hohen Mietzinsen eine hohe Verzinsung des Geldes versprechen. Laufende und aber Laufende seiner Berufskollegen tun aus den gleichen Beweggründen der Rentabilität daselbe. Blödsinnig sind sehr viel mehr Wohnungen als Wohnungsuchende vorhanden, Das Überangebot vergrößert die Konturrenz, und die Mietpreise fallen sehr stark. Die bei einem Zinssatz von 10 Proz. genau 10 000 betragende Zinsenlast ist nicht mehr herauszuwirtschaften, die Kreditgeber fähigen ihre Hypotheken, und das Baugeschäft geht in Konturs. Ein anderer Kapitalbesitzer erwirbt es zum Preise von 50 000 M. Er kann die Mietzinsen auf die Hälfte ihrer ursprünglichen Höhe herabsetzen. Der gestenkte Mietpreis schafft also neue Kaufkraft und regt die Bedürfnisse nach dieser sonst zu teuren Wohnung an. Die technische Kapazität, das Haus, bleibt bestehen, aber erst die Umbildung

der Werte in der Krise vermag es, dieses seinem eigentlichen Zweck zuzuführen. Die durch den gestenkten Mietpreis gesteigerte Kaufkraft entpuppt sich hier als die Überwindin der Krise. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß es sich bei obigem Beispiel um keinen für die jegliche Krise typischen Fall handelt, sondern das Beispiel wurde nur gewählt, weil an den Verhältnissen des Baumarktes die liberale Krisentheorie besonders gut zu veranschaulichen ist. Für alle andern Industriezweige haben die oben entwickelten Gedankengänge die gleiche Bedeutung. Die Überkapazität im Bergbau oder in der Eisenindustrie führt zu einem Ansteigen der Lagerbestände in Kohle und Eisen, zu entsprechenden Preisentsetzungen für diese Produkte, zum Konturs der Unternehmungen, die sich am stärksten übernommen haben, zum Ruin der zu niedrigem Kaufpreis und dann wieder zur vollen Ausnützung der Anlagen, da die gestenkten Preise neue Kaufkraft geschaffen und somit die Konjunktur umgekehrt haben.

Diese liberale Wirtschaftsauffassung, die Krise und Konturs als Gesundungsercheinungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ansieht, behält zweifellos für den reinen Kapitalismus ihre Geltung. Sie stimmt heute nur deshalb nicht mehr mit der Praxis überein, weil der Kapitalismus sein Gesicht ganz entscheidend geändert hat. Und das Charakteristische dieser Wandlung liegt gerade darin, daß er die ihm gegen die Krise innewohnenden Gegengifte ungeschädlich gemacht hat. Es ist hier schon so oft und ausführlich dargelegt worden, daß der Kapitalismus infolge der immer stärkeren Zusammenballung zu Kartellen und übermächtigen Einzelunternehmungen die freie Konkurrenz und damit auch die Preisentsetzung ausgeschaltet hat, die ja am Anfang des Umschwungs zur Wirtschaftsgesundung steht, daß hier nicht näher darauf eingegangen zu werden braucht. Es soll nur einmal untersucht werden, welche Methoden wirtschaftspolitischer Natur sich notwendig machen, wenn der ernsthafteste Versuch unternommen werden soll, der Krise noch einmal nach den für den Kapitalismus geltenden Regeln das Ausmünden in einem Konjunkturaufstieg zu ermöglichen.

Die Spitze der kapitalistischen Entwicklung, in der wir uns befinden, hat noch einen andern Beweggrund der Überkapitalisierung geboren, der eng verbunden ist mit dem Namen „Syndikat“. Dieses ist ein Kartell, bei dem der gesamte Verkauf der Produkte nur noch von einer Stelle aus geregelt wird. Die zu produzierenden Mengen werden den einzelnen Syndikatsmitgliedern als Quoten zugeteilt. Da nun jedes Unternehmen bestrebt ist, eine möglichst hohe Quote zu erhalten, denn an jedem Produkt wird verdient, so hat sich im Laufe der Zeit auch ein Preis für die Quote, also für das Recht, produzieren zu dürfen, herausgebildet. Die Konzerne des Bergbaues, und da wieder besonders des Kaliberbaues, aber auch die der Schwerindustrie haben für diesen Zweck die Quoten verschiedener Werke aufgekauft und die alten Werke stillgelegt. Bei der Bildung der Kartellgemeinschafter im vergangenen Jahr wurden eigens für diesen Zweck Verkaufsorten ins Leben gerufen, die Tugende von Millionen Markt zum Verkauf der Quoten verwandten. Diese Methode bedeutet aber nicht ein Erhalten der technischen Kapazität und eine Gegenwirkung zur Überkapitalisierung, sondern in beiden Fällen das gerade Gegenteil davon. Durch die Stilllegung der aufgekauften Werke wurde der Produktionsapparat eingeschränkt. Die zum Verkauf der später stillzuliegenden Werke verwandten Summen belasten die aufkaufenden Unternehmen. Diese haben neben der Verzinsung des Kapitals für ihre eigenen Anlagen nun noch die Zinsenlast für die zum Quotenkauf verwandten Gelder aufzubringen. Das erhöht naturgemäß ihre Selbstkosten und erschwert die in der Krise notwendige Preisentsetzung. Wenn bei völlig freier Konkurrenz ein Werk wegen zu hoher Selbstkosten nicht mehr hätte mitkommen können, so hätte es entweder seine Tore schließen müssen, wobei die Quote kostenlos der Gesamtheit der weiterexistierenden Unternehmungen zugefallen wäre, oder durch einen entsprechenden Kapitalchnitt, eventuell nach vorher-

gegangenem Konturs, wäre eine entsprechende Selbstkostenentsetzung möglich geworden. Das Syndikat verhindert beides. Es wälzt alle Lasten vom Unternehmer auf die Arbeiterschaft ab. Um diese Manöver zu durchkreuzen, ist von den Gewerkschaften die Forderung erhoben worden, beim Quotenkauf zum Zweck der Stilllegung eines Werkes das aufstauende Unternehmen mit hohen Entschädigungen an die arbeitslos werdenden Belegschaftsmitglieder zu belasten. Diese Forderung hat nicht nur den sozialpolitischen Zweck im Auge, den durch Quotenkauf Beschäftigungslos gewordenen Arbeitern zu helfen, sondern sie will auch diesen erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen. Nur so ist zu verhindern, daß sonst noch lebensfähige Wirtschaftsgelände vernichtet und andre mit zusätzlichen Kosten belastet werden. Des weiteren ist es eine Notwendigkeit, durch einen entsprechenden Druck auf die Selbstkosten die Rückbildung zu einer normalen Kapitalisierung zu erzwingen. Das aber kann nur durch Arbeitszeitvermindernungen mit Lohnausgleich oder durch gleichbleibende Arbeitslöhne bei stark absinkenden Preisen erreicht werden. Lohnabbau führt immer tiefer ins Krisenelend hinein. F. B.

### Kapitalknappheit als Krisenursache?

Endlose Untersuchungen bemühen sich um die Enttarnung des Problems der Wirtschaftskrise: wodurch entsteht sie, wodurch wurde sie vergrößert? In den letzten Wochen wurden in einer Anzahl bekannter volkswirtschaftlicher Zeitungen und Zeitschriften Abhandlungen veröffentlicht, die mit auffallender Einmütigkeit die Kapitalknappheit für die Wirtschaftskrise verantwortlich machen. Einige Vertreter dieser Theorie ziehen nun von ihren Einsichten auch folgen schwere wirtschaftspolitische Konsequenzen, indem sie aus der Kapitalknappheit als Krisenursache die Folgerung ableiten: Bei niedrigeren Löhnen und geringeren sozialpolitischen Ausgaben in der Periode der Konjunktur wären die Ersparnisse in der Volkswirtschaft größer gewesen, eine erhöhte Kapitalbildung hätte aber den Krisenausbruch infolge Kapitalknappheit verhindern können. Und die weitere Schlussfolgerung: Entstand einmal durch Kapitalknappheit die Krise, so kann sie nur überwunden werden, wenn mit Hilfe von Lohnsenkungen und Ersparnissen an sozialpolitischen Ausgaben neues Kapital gebildet wird. So sehen wir, daß bei der Entscheidung dieses Problems nicht wenig auf dem Spiel steht.

Ist die Theorie über die Kapitalknappheit richtig oder falsch? Wir möchten darauf antworten: sie ist an sich weder richtig, noch falsch, sie kann nur über das Wesen der Krise nichts aussagen. Denn sie setzt den Schlüsselpunkt einer Betrachtung dorthin, wo die Fragen erst beginnen. Die erwähnten wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen aus dieser Theorie sind jedoch völlig falsch.

Die Kapitalknappheit entstand nach einmütiger Feststellung der Anhänger jener Kapitalknappheitstheorie durch eine vorangegangene allzu starke Kapitalexpansion — eine allzu starke Ausbeutung der Anlagen in den Produktionsmittelindustrien — während der Konjunkturzeit. Die Banken, indem sie für den übermäßigen Ausbau von Produktionsmitteln aus eigener Kredit schöpfung Kredite gaben, haben diese Entwicklung gefördert. Es wurde jedoch die Grenze erreicht, über die hinaus die Banken nicht in der Lage waren, die häufig nur begonnenen und noch nicht zu Ende geführten Anlagen zu finanzieren, da durch weitere Kreditgewährung ihre Liquidität allzu stark eingeschränkt worden wäre. Ersparnte Einkommensteuern jedoch, die für die Fortführung jener Anlagen erforderlich gewesen wären, waren der erwähnten Theorien zufolge in ausreichendem Umfang deshalb nicht da, weil in der Konjunkturzeit statt Ersparnisbildung zu viel Kapital zum Kauf von Konjunkturmitteln verwendet wurde. Da die Kräfte der Volkswirtschaft zu gleicher Zeit beide, zur Finanzierung sowohl einer umfangreichen Anlagefertigkeit wie eines breiten Konsums, nicht ausreichen und da weiterhin der Konsum der Bevölkerung verhältnismäßig beständig bleibt und auch bei Eintritt ungünstiger Zeiten nicht

allzu stark zurückgeht, entstand als Folge der vorangegangenen Kapitalexpansion bei der Herstellung von Produktionsmitteln eine Kapitalknappheit, die die Fortführung der Anlagetätigkeit verhinderte und dadurch die Wirtschaftskrise mit ihrer Produktions Einschränkung und Arbeitslosigkeit auslöste. Das ist der wesentliche Inhalt der Kapitalknappheitstheorie, von der wir behaupten, daß sie nichtstlegend sei, indem sie uns keine wirkliche Auskunft über das Wesen der Krise vermitteln kann.

Der Kapitalknappheit ging, wie oben dargestellt wurde, eine Kapitalexpansion, eine übermäßige Ausdehnung der Anlagetätigkeit in den Produktionsmittelindustrien voran. Wüssen wir da nicht fragen: Weshalb erfolgte denn jene Kapitalexpansion? Die Verfasser der erwähnten Arbeiten antworten darauf nur so viel, es wurde eben den Unternehmern seitens der Banken und auch des anlagensuchenden Publikums (Vereinigte Staaten von Amerika!) zu viel Kredit angeboten. Damit sind sie am Schluß ihrer Beweisführung. Wir müssen aber weiterfragen: Weshalb gaben die Banken und die anlagensuchenden Kapitalbesitzer so reichlich ihre Kapitalien her? Wir wissen zudem, daß die Ausdehnung der Produktionsmittelindustrien nicht nur durch Kredite der Banken und anderer Kapitalbesitzer erfolgte, sondern auch aus den laufenden Einnahmen der Unternehmungen, durch Selbstfinanzierung. Wieso waren diese Selbstfinanzierungen möglich? Stellen wir nun diese Frage, so gelangen wir bald von der Sphäre des Kredits, dessen Wichtigkeit wir im übrigen keineswegs unterschätzen und dessen Eigengewicht für die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung wir nicht verkennen, in die Sphäre der Produktion und des Verbrauchs. Hierüber lassen die Verfasser der erwähnten Arbeiten kein Wort verfallen, obwohl gerade hier der Schwerpunkt für die Krisenerklärung liegt.

Es gibt mannigfaltige Gründe dafür, daß diese Kreditausdehnung und außerdem die Selbstfinanzierung in so gewaltigem Umfang erfolgte. Ihre Darstellung müßte Hand in Hand gehen mit der Schilderung der Wandlungen, die im Aufbau der nationalen Wirtschaften und in den Beziehungen der nationalen Wirtschaften zueinander eingetreten sind. Es müßte zu diesem Zweck die Entwicklung der wirtschaftlichen Monopolstellungen in vielen Ländern und in vielen Produktionszweigen, die Erhöhung der Röhle und der Ausbau anderer Subventionsmaßnahmen geschildert werden, die sowohl die Entfaltung jener Monopolunternehmungen begünstigten, wie auch zur Ausdehnung der Anlagen in vielen Produktionszweigen beitrugen. Es müßte die Entstehung der sogenannten „neuen Industriezweige“, die gleichzeitig mit einer weitgehenden Veränderung der Lebensgewohnheiten der Völker entstanden (Elektrifizierung, chemische Industrie, Kunstseide, Radio usw.), untersucht werden. Vor allen Dingen müßte aber die ausschlaggebende Rolle des technischen Fortschritts in der Industrie und in der Landwirtschaft und die Tempounterschiede der Rationalisierung in den einzelnen Volkswirtschaften und Produktionszweigen geschildert werden, mit ihrer doppelten Wirkung der gewaltigen Senkung der Produktionskosten und der Freisetzung von Arbeitskräften.

Erst eine solche eingehende Untersuchung, die wir uns hier verlagern müssen, könnte darüber Aufschluß geben, weshalb die erwähnte Kapitalexpansion stattfand. Auf eine vereinfachte Formel gebracht: es wurde die Selbstfinanzierung möglich, es dehnten die Banken ihre Kredite bis an die Grenze ihrer Liquidität aus, weil die Gewinne der Unternehmer in den monopolistischen oder den zollgeschützten Produktionszweigen außerordentlich groß waren, und weil die neugegründeten Anlagen, dank der gewaltigen Senkung der Produktionskosten durch die technische Rationalisierung, in vielen Fällen auch dank der veränderten Nachfragerichtung Ausschlag auf eine gute Rentabilität boten. Gerade weil die Röhle im Vergleich zur freigelegten Produktivität allzu niedrig waren, entstanden die Gewinne, die für Anlagezwecke in gewaltigem Umfang verwendet wurden. Gerade weil die Gewinnansichten groß waren, wurden stets neue Kredite gewährt. Doch häufig noch andre Ursachen — Quotenkampf in den Kartellen, Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt usw. — mitspielten, soll allerdings nicht unerwähnt gelassen werden.

Dann kam die Wendung: Aus der Kapitalfülle wurde eine Kapitalknappheit. Wieso? Die Verfasser der geschilderten Arbeiten antworten darauf, wie eingangs geschildert wurde, mit der Behauptung, daß infolge zu geringer Ersparnisse in der Aufschwungszeit nicht genug Kapitalien mehr da waren, um die Anlagetätigkeit durchzuführen. Diese Kapitalknappheit entstand jedoch nicht dadurch, wie jene Theoretiker es glauben machen wollen, daß die Arbeiter in der Konjunkturzeit hohe Löhne erhielten, die sie dann verbrauchten, statt daß in der Volkswirtschaft aus Ersparnissen auf Kosten des Konsums Kapital gebildet worden wäre. Die Kapitalknappheit entstand aus ganz andern Gründen. Einmal schuf das Zurückbleiben der Löhne in der Gehälter hinter der gestiegenen Produktivität der Wirtschaft ein Mißverhältnis zwischen Produktionskraft und Konsumkraft, während die Monopolwirtschaft und ihre Ursachen zu Mißverhältnissen zwischen einzelnen Gebieten der Volkswirtschaft führten. Diese Mißverhältnisse verurteilten dann die Einschränkung der Produktion. Produktions Einschränkung bedeutet aber insbesondere auch einen der nicht proportionalen Senkung der Generallohn, erhöhte Produktionskosten, damit Gewinnrückgang und damit Rückgang der Kapitalbildung. Die zweite Ursache ist die Kapitalknappheit ist das außerordentlich rasche Tempo der Rationalisierung, die arbeitssparende Maschine hat Millionen von Arbeitskräften freigesetzt, deren Unterbringung in der Produktion es erforderlich macht, daß die Kapitalbildung im gleichen Tempo mit der Freisetzung steige. Aber ist bei dem gewaltigen



# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Max Wagner in Gotha  
Eingetretten: 1. März 1881  
Noch berufstätig



Joh. Bohlmann in Bremen  
Eingetretten: 6. März 1881  
Jetzt Invalide



Tempo der Freisetzung um so weniger möglich, da die Kapitalbildung heute aus monopolistisch-machtpolitischen Gründen derart unerwünscht erfolgt, daß selbst die vorhandenen Kapitalien nicht an die richtigen Stellen, an welchen nämlich noch Anlagebedarf und Anlagemöglichkeiten da sind, eingesetzt werden können. Zudem führte die erhöhte Arbeitslosigkeit infolge des Ausfalls der Konsumkraft der Freigesetzten zu weiterer Produktions Einschränkung und damit zu weiterer Schmälerung der Kapitalbildung. Als dritte Ursache für die Kapitalknappheit kann man die wirtschaftlichen und politischen Hindernisse der internationalen Kapitalbewegung und die Reparationsleistungen bezeichnen, die die Überführung des Kapitals an die Stellen des Kapitalbedarfs verhindern, während dieses Kapital in den Ländern des Kapitalüberschusses ebenfalls lahmgelagert ist, da auch dort vielfach jene Mißverhältnisse entstanden sind, die einer Produktionsvermehrung auch in diesen Ländern im Wege stehen. Die Kapitalknappheit besteht allerdings nur in dem Sinne, als für neue Anlagen Kapitalien erforderlich wären. Sie besteht aber nicht im Vergleich zur Kapitalnachfrage, da wegen der Abfließwierigkeiten in der Krise heute eine umfangreiche Kapitalnachfrage ebensowenig vorhanden ist wie ein ausreichendes Kapitalangebot.

Wäre es nun nicht töricht, die Kapitalknappheit, die vorwiegend als Folge der monopolistischen und zollpolitischen Begünstigung einzelner Produktionszweige und durch das Zurückbleiben der Massenkraft hinter der Produktionskraft der Wirtschaft entstand, dadurch zu beheben suchen, daß man die Löhne und die sozialpolitischen Aufwendungen senkt und dadurch die Gewinne gerade dort, wo sie nichts nützen, sondern allein zur Kapitalverschwendung führen, noch erhöht, während man die Massenkraft noch weiter droffelt. Das wäre zweifellos das Verkehrteste, was man zur Überwindung der Krise machen kann. Erforderlich ist zunächst die Steigerung des Massenkonsums. Dann könnten die Konsumgüterindustrien durch ihre Bestellungen auch die Produktionsmittelindustrien anregen. Dabei ist freilich auch Kapitalbildung zum Zweck neuer Anlagen erforderlich. Diese Kapitalien dürfen jedoch nicht durch weitere Einschränkung des Massenkonsums entstehen, sondern allein durch solche Gewinne, die aus besserer Ausnutzung der Anlagen nach der Abflagerweiterung entstehen, außerdem durch Erleichterung der Kreditgewährung und durch Kapitalzufuhr.

So ist die Theorie über die Kapitalknappheit als Krisenursache für unsere theoretische Auffassung unbrauchbar, da sie die Untersuchung bereits an einem Punkt abbricht, wo diese erst beginnen sollte, und uns deshalb das Wesen der Krise nicht enthüllt. Die wirtschaftspolitische Ausmünzung dieser Theorie ist aber für die Überwindung der Krise durchaus schädlich, so daß sie mit aller Schärfe abgelehnt werden sollte.

## Zur Beleuchtung der Arbeitsplätze

Es gibt selten einen Beruf, wo es so sehr auf gute Beleuchtung der Arbeitsplätze ankommt als eine Drucker- oder Setzerlei. Namentlich letztere muß sowohl gute künstliche als auch natürliche Beleuchtung haben, soll der Arbeitseffekt einigermaßen gut sein. An einer guten Beleuchtung haben sowohl der Unternehmer als auch die Kollegen ein Interesse. In Heft 1 der Zeitschrift „Das Licht“ befindet sich eine ausführliche Darstellung über gute und schlechte Beleuchtung eines Setzerisales. Nachstehend geben wir einen Auszug wieder über die Untersuchung einer englischen Handsetzerlei.

„In einer englischen Handsetzerlei ist die von verschiedenen Setzern bei verschiedenen Beleuchtungsstärken erzielte Satzleistung genau ermittelt worden. Der Ermittlung der Beleuchtungskosten ist ein Gesetzsatz von 8 m x 11 m = 112 qm zugrunde gelegt. Die vorhandenen zwölf Arbeitsplätze sind in drei Reihen zu je vier Setzplätzen an-

geordnet. Für eine mittlere Beleuchtungsstärke von 300 Lux sind zur Allgemeinbeleuchtung drei halbrunde Beleuchtungstörper zu je 300 Watt und als Platzbeleuchtung sechs Werkstattleuchten zu je 300 Watt vorgezogen. Dies ergibt einen Gesamtanfluswert von 2,7 Kilowatt, entsprechend einem Leistungsaufwand von 225 Watt je Arbeitsplatz. Bei der Beleuchtung von 100 Lux wird die gleiche Anordnung verwendet, jedoch mit neun Glühlampen zu je 100 Watt. Die geringe Beleuchtungsstärke von 20 Lux wird von einer veralteten, schlechten Beleuchtungsanlage geliefert, wobei keine Allgemeinbeleuchtung vorhanden ist und die Arbeitsplätze lediglich durch sechs hängende Lampen an einfachen Pendeln mit starren Schirmen beleuchtet werden.

Die Leistung der Setzer war bei natürlichem Tageslicht ebenso groß wie bei einer elektrischen Beleuchtung von 300 Lux. Bei geringeren Beleuchtungsstärken ging die Anzahl der geleisten Zeilen bedeutend zurück, und zwar: um 19 Proz. bei einer Beleuchtungsstärke von 100 Lux um 23 Proz. bei einer Beleuchtungsstärke von 20 Lux. Mit andern Worten: wenn die Setzer die gleiche Satzleistung wie bei 300 Lux oder bei Tageslicht erzielen sollten, müßten sie entsprechend länger arbeiten, und zwar: 7 Minuten länger bei einer Beleuchtungsstärke von 100 Lux 18 Minuten länger bei einer Beleuchtungsstärke von 20 Lux. Bei einem mittleren Stundenlohn von 1,35 M. ist dies gleichbedeutend mit einem Mehraufwand an Lohn (für die gleiche Geleistung!) von:

15 Pf. bei einer Beleuchtungsstärke von 100 Lux  
41 Pf. bei einer Beleuchtungsstärke von 20 Lux

Das Entscheidende hierbei ist nun, daß diese Beträge die Kosten für Anlage und Betrieb einer guten Beleuchtung bei weitem übertreffen. Diese betragen nämlich durchschnittlich (d. h. bei einem Strompreis von 20 Pf./kWh, 40 Proz. Abschreibung und Verzinsung, 500 Stunden jährliche Brenndauer und entsprechendem Glühlampenersatz):  
8 Pf. bei einer Beleuchtungsstärke von 300 Lux  
4 Pf. bei einer Beleuchtungsstärke von 100 Lux  
1 Pf. bei einer Beleuchtungsstärke von 20 Lux

Für die Gesamtkosten an Lohn und Beleuchtung für die gleiche Geleistung erhält man das folgende, sehr beachtenswerte Ergebnis:

Bei Tageslicht	Bei elektrischer Beleuchtung
300 Lux	300 Lux
100 Lux	100 Lux
20 Lux	20 Lux
1,35 M.	1,43 M.
	1,54 M.
	1,77 M.

Hieraus ergibt sich, daß, gemessen am Arbeitsertrag, schlechte Beleuchtung teurer ist als gute! Diese Tatsache bleibt auch bestehen bei höheren Stromkosten, höherer Verzinsungs- und Abschreibungsquote und kürzerer jährlicher Betriebsdauer der Beleuchtungsanlage. In der obigen Berechnung spricht ferner zugunsten der Wirtschaftlichkeit einer guten Beleuchtung noch die Tatsache, daß bei guter Beleuchtung erheblich weniger Satzfehler gemacht werden als bei schlechter, so daß noch weiterhin an Zeit und Geld für die Beseitigung von Satz- und Druckfehlern gespart wird.

Aus obigen Berechnungen geht klar hervor, daß gute Beleuchtung sich sehr rasch bezahlt macht.

Wir haben diese Wirtschaftlichkeitsberechnung ausführlich wiedergegeben, weil sie interessante Ergebnisse enthält. Es liegt im Interesse unrer Kollegen, für eine gute Beleuchtung des Arbeitsplatzes zu sorgen, schon deshalb, weil einmal die Arbeit dadurch wesentlich erleichtert wird, und zum andern das wertvollste Werkzeug des Buchdruckers, sein Auge, länger verwendungsfähig erhalten bleibt.

## Korrespondenzen

**Darmstadt.** (Maschinenseher.) Inre Jahreshauptversammlung am 1. Februar war von insgesamt 30 Kollegen besucht. Nach Bekanntgabe der Eingänge erhaltete der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Veranstaltungen waren im Durchschnitt von 30 Kollegen (50 Proz.) besucht. Nur wenige Kollegen haben überhaupt nicht den Weg zu ihrer Sparte gefunden. Auf diesem Wege sei an die appelliert. Die Kasse schloß mit einem Überschuß ab. Im Anschluß an den Bericht des Vorstandes entspann sich eine längere Debatte, nach welcher die Entlassung des Vorstandes vorgenommen wurde. Ein Antrag, dem Vorstand eine Aufsichtensfähigkeitsprüfung zu gewähren, wurde auf Witten desselben abgelehnt. Statt dessen beschloß die Versammlung, dem Vorstand 50 M. zur Verfügung zu stellen, die nach und nach an die arbeitslosen Versammlungsteilnehmer verteilt werden sollen. Zum Punkt „Vorstandswahl“ wurde nach kurzer Aussprache der Antrag gestellt, den Vorstand per Affikation wiederzuwählen, was dann auch geschah. Vorsitzender Schütz dankte im Namen des neu befähigten Vorstandes und bat um weitere und noch bessere Mitarbeit. Die diesjährige Wanderversammlung soll im Mai bei unrem Kollegen Dinkel in Heppenheim stattfinden. Unter „Beschwerden“ wurde erwähnt, daß in einem hiesigen größeren Betrieb an allen Maschinen die elektrische Heizung angebracht wurde, was die Versammlung lebhaft begrüßte. Es sei bereits jetzt auf den 29. März, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, im hiesigen „Gewerkschaftssaal“ stattfindenden Intertypen-Vorstandsvortrag hingewiesen.

**Dresden.** (Korrespondenten.) Zu unserer Jahreshauptversammlung am 25. Januar hatten Vertreter entland der Gauvorstand und die Bildungsverbandsratsgruppe. Von auswärts waren erschienen Kollegen aus Baugen, Bismarckswerda, Freiberg, Neugersdorf, Pirna, Wurzen und Jittau. Die Anwesenden ehrten zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Auf eine zusätzliche Mitgliedchaft konnte Kollege Paul Dietrich zurückblicken, ihm wurde vom Vorsitzenden ein Geschenk überreicht. In einer zweistündigen Rede freichte der Vorsitzende sodann das vergangene Geschäftsjahr. Er brachte zur Sprache, daß bei den letzten Wandeltarifverhandlungen die Belange der Korrektoren besonders ergiebig behandelt worden sind. In einem Artikel vom Leiter des Fachamts der Deutschen Studentenschaft wurde gesagt, daß

Ende 1937 ein Überangebot von 325 000 Akademikern vor-
handen sein wird und das etwa 30 bis 50 Proz. aller Stu-
dierenden verschleierte Arbeitslose seien. Es wurde die
Frage aufgeworfen: „Wohin mit 60 000 akademischen
Proletariaten?“ Hierin erblühte der Vorliegende eine Ge-
sahr für die Korrektoren. Auch Frauen drängen sich in
unsern Beruf; in Tageszeitungen sind diesbezügliche In-
sertate des öfteren zu finden. Es häufen sich die Fälle, in
denen gegen Korrektoren wegen heftigester Fehler
vorgegangen wird. Es wird empfohlen, sich in feinerster
Kompromisse einzulassen, sondern den Prinzipial auf den
Klagewege zu verweisen. Über den Schriftwechsel mit einer
Dresdener Wochenzeitschrift, die es für nötig fand, heftig-
geliebene Druckfehler zu glorifizieren, wurde berichtet. Ein
heimatstrittenes Gebiet ist augenblicklich die Kleinzei-
tung, mit der sich auch die Hauptversammlung wieder
befaßte. Der Rechenschaftsbericht ist mit Ausnahme einer
Stimme für die Kleinzeitschrift. Der bisherige Vorstand
verwalte sein Amt nach das folgende Jahr. Die Grün-
dungsfest soll nicht jedes Jahr groß aufgezogen werden,
über ihre zweijährige Veranstaltung entscheidet die jewei-
lige Jahres-Hauptversammlung. Die Wanderversammlun-
gen sollen dafür mehr ausgebaut werden.

M. Dillstedorf. Am 21. Februar fand im „Vollshaus“
eine Bezirksversammlung statt, in der Vorwissen-
der B r i n g e r in ehrenvollen Worten sechs in den selben
letzten Wochen verstorbenen Kollegen gedachte. Aus den
geschätzlichen Mitteilungen des Kollegen S c h i n d e l -
d e r verdient Herzerhebung, daß die neue Zeitung des
Jenturumsorgans „Kampflicht“ sich noch ständiger tariflicher
Verhältnisse schuldig macht, so daß das Schiedsamt angeregt
werden muß. Ehrerbietig Interesse begehrt ein Antrag
auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages
in Anbetracht der durch die Entwicklung der Dinge auf
tariflichem Gebiet bestehenden jetzigen Situation. Nach
Ausfrage wurde dem Antrag zugestimmt. Nach langer
Zeit wurde wieder einmal über den Ortsausschuß des
DDB, berichtet, nachdem bisher wenig Interesse in den
Versammlungen hierfür vorhanden war. Kollege M a y
behandelte kurz Aufgaben und Arbeiten des Ortsaus-
schusses unter Würdigung der durch die Zeit und drückliche
Verhältnisse bedingten Schwierigkeiten. Die außerordent-
lich rege Ausprache schien zu beweisen, daß auch die Orts-
ausgabearbeiten wiederum stärkerem Interesse begegnen.

Gera. In der Jahres-Hauptversammlung am
10. Januar war leider nicht alle Mitglieder aus allen
Geraer Druckereien befristet. Dem Punkt „Berichtsmi-
teilungen“ durch den Vorsitzenden W. K a n k e folgte die
Abrechnung vom vierten Quartal 1930 durch den Kassierer
W. R o t h. Es wurde ihm Entlassung erteilt. Drei Bei-
tragsprekanten wurde bis 1. März Frist gegeben zur Be-
gleichung ihrer Reste, andernfalls wird der beantragte Aus-
schluß rechtskräftig. Zwei Anträge des Vorstandes: „Den
Belegern der Kurze des Kurierzettels Gef. werden bei
regelmäßiger Teilnahme die Hörsätze aus der Orts-
kasse zurückgestellt (den teilnehmenden Lehrlingen aus
der Lehrlingsabteilungskasse)“ und: „Jeder arbeitslose
und jeder inaktive Kollege erhält bei Versammlungsbuch
75 Pf. Freibrief“, wurden einstimmig angenommen. Es
folgte sodann der Jahresbericht des Vorsitzenden. Für
520 durchreisende Kollegen im letzten Jahr wurde der
Betrag von 810,50 M. aus der Ortskasse (neben der Ver-
bandsunterstützung) vorausgabt. Es ist eine dringende
Notwendigkeit, bei den kommenden Zeitungsverpflichtungen
zu Öftern jede Überschreitung der tariflichen Staffel mit
allen Mitteln zu verhindern. Die Zahl der Mitglieder
betrug am Anfang 208, am Ende 216 Mitglieder, darunter
24 inaktive Kollegen. Zeitungsverpflichtungsmitglieder
waren am Anfang 20, am Ende 37 vorhanden. Die inaktiven
Kollegen halten allmonatlich eine Zusammenkunft ab. Der
Kassenbericht war den Mitgliedern gebührend zu-
gegangen und wurde von Kollegen R o t h noch ergänzt.
Es folgten dann die Jahresberichte des Schiedsamtsvor-
sitzenden, des Vorsitzenden des Graphischen Kartells und
des Zeitungsverpflichtungsleiters. Alle Berichte fanden die
Billigung der Versammlungssteilnehmer, und dem Vor-
stand wurde sowohl durch Worte als auch durch Erheben
von den Seiten der Dank für seine Jahresleistung aus-
gedrückt. Die Wahlen ergaben im Vorstand außer dem
Beisitzer und Zeitungsverpflichtungsleiter, der eine Wiederwahl
ablehnte, die gleiche Besetzung wie im abgelaufenen Jahr,
desgleichen die Wahlen der Kassierers, Schiedsamts-
beisitzer und Vertreter im Graphischen Kartell. Der Bei-
trag zur Ortsvereinstaffel wurde auf Vorlage des Vor-
standes auf 10 Pf. — wie im Vorjahr — belassen, des-
gleichen die Leistungen. Unter „Verständigen“ mußte das
nicht zu einschuldige Verhalten von sechs Maschinen-
seherfolgern einer hiesigen Druckerei nochmals behandelt
werden. Auch in dieser Versammlung wurden die vor-
gebrachten Argumente der Betreffenden von dem Vor-
sitzenden und allen Rednern als nicht statthaft, die vom
Gauvorstand dieserhalb erteilte Rüge als zu gelinde aus-
gegangen bezeichnet und das Verhalten der sechs Kollegen
als verwerflich festgestellt. Ihnen wurde aufgegeben, ent-
sprechend den letzten Anweisungen des Gauvorstandes zu
handeln.

Göppingen. In der Jahres-Hauptversammlun-
g am 23. Januar erfreute sich guter Besuchs. Nach
Begrüßungsworten und Aufnahme eines neuangelernten
Kollegen erteilte der Vorsitzende W e i d e l in kurzen Zügen
Bericht über das verfloßene Jahr. Er wies hierbei be-
sonders auf die fürchtbare Wirtschaftskrise hin, die sich
naturgemäß auch auf unser Gewerbe und in hohem Maße
auf unsern Ortsverein auswirkte. In fast allen Betrieben
wurde Kurzarbeit eingeführt, ferner waren am Jahres-
schluß sechs Kollegen ohne Arbeit. Der Mitgliederstand ist
ziemlich gleich geblieben (55 gegen 58 im Vorjahr). Der
Besuch der Versammlungen ließ zeitweilig zu wünschen
übrig. Beim Bericht des Kassierers war die selbige La-
ge zu verzeichnen, daß der Kassenstand zum erstenmal
ein kleines Defizit aufwies, was hauptsächlich eine Folge
der starken Kurzarbeitnahme der Kasse durch reisende
Kollegen war. Für die geordnete Kassenführung wurde dem
Kassierer Dank gezollt und einstimmig Entlassung erteilt.
Dem seitherigen bewährten Vorsitzenden und Kassierer
wurde das Vertrauen der Kollegen durch einstimmige
Wiederwahl zum Ausdruck gebracht. Der Schriftführer
lehnte eine Wiederwahl ab, an seine Stelle trat ein anderer
Kollege. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten
und mit dem Wunsche des Vorsitzenden, daß uns das Jahr
1931 eine Pflanzung im Gewerbe bringen möge, fand die

in kollegialen Geiste verkaufene Versammlung ihr Ende.
— Anschließend veranstaltete die Ortsgruppe im Wir-
tungsverband eine Druckladen- und Kalenderchau, die
allgemeine Beachtung gefunden wurde.

Hamburg-Altona. (R o r e k t o r e n.) In unserer
Jahres-Hauptversammlung am 1. Februar,
die einen guten Besuch aufwies, wurde den Mitgliedern
des Jahresbericht für 1930 unterbreitet. Am Jahresluß
waren 24 Mitglieder zu verzeichnen. Da am Arbeitsnach-
weis 15 Korrektoren eingetragen sind, so wurde hieran die
Wahrung geknüpft, die Mitglieder möchten bei eintretender
Arbeitsanhäufung oder in Krankheitsfällen und
während der Ferienzeit darauf dringen, daß Ausschüsse
vom Arbeitsnachweis angefordert werden; denn in Zeiten
höchster Not und erschwerenden Elends müssen überließene
Vorzüge betrieblicher Sonderregelungen fallen. Die Ab-
rechnung schloß mit einem Kassenstand von 60 M. ab.
Von größeren Vortragsthemen mußte aus Ermahnun-
gen des Vorstandes genommen werden; in fünf Versammlun-
gen fanden Rechenschaftsfragen weitestgehende Be-
rückichtigung. Der Bericht wurde seitens der Mitglieder
gutgeheißen. Der Vorstand und die Rechnungsprüfer
wurden für 1931 wiedergewählt. Beisetzungen wurde, den
Betrag der veränderten Lohnhöhe anzupassen. Die zür-
ück in der „Hamburger Volkszeitung“ ausgetragenen
Zustimmungen wurden erläutert, und es wurde ein Mit-
glied unfreiwillig wegen unkollegialen Verhaltens aus-
geschlossen. Den Schluß der Versammlung bildete das Vor-
lesen einiger Proben aus dem Rudolf-Tarnow-Buch
„Köster Kidermann“. — In einer der nächsten Versammlun-
gen soll ein instruktiver Vortrag von einer maßgebenden
Persönlichkeit gehalten werden, der sich mit dem Thema
beschäftigt, von welchem Grundlag sich die Kommission, die
die Benennung der Straßen in Hamburg vornimmt, in der
Schreibung der Straßennamen leiten läßt.

Kiel. (H a n d e l e r.) In der Jahres-Hauptver-
sammlung am 25. Januar hatte leider nur normalen
Besuch aufzuweisen. Die Tagesordnung fand rasche Er-
ledigung. Der alte Vorstand wurde einstimmig wieder-
gewählt. An Veranstaltungen wird das neue Jahr außer
Kursen und technischen Vorträgen ein Haupttreffen der
Handwerker der hiesigen Gegend unseres Gauwes bringen, um
den erst im letzten Vierteljahr vollzogenen Zusammenschluß
zu festigen. In der anschließenden Ausprache über die
große Zahl der Arbeitslosen wurde besonders hervor-
gehoben, daß die Prinzipale durch ein rückständiges An-
treiberbestimm das Beste aus den Kollegen herauszuholen
suchen, und daß auch dadurch mancher Kollege entbehrlich
wird und auf die Straße steigt. Dazu kommt dann noch
die restlose Ausnutzung der Lehrlingsstaffel, die die Zahl
der Arbeitslosen erhöht. Es wurde empfohlen, den doch
etwa entgegengetreten und durch strengere Einhaltung
der Verpflichtung die Einstellung eines Teiles der Ar-
beitslosen zu erzwingen. Auch hinsichtlich des Materi-
alauslaufes verhielt sich die Lage von Monat zu
Monat, das ist so recht bei den letzten Saisonaufräufen
in Erscheinung getreten. Ob es denn gar nicht anginge, die
Prinzipale zum Wirtgen des Schiedens, den speziell die
Handwerker dadurch haben, heranzuziehen. Der Gauvorstand
ist auf eine Anregung unsererseits mittels eines Zirkulars
als der interessierenden Firmen herangetreten, um sie unter
eingehender Begründung und Klarlegung der Verhältnisse
zur Mitarbeit an der Befehung der Arbeitslosigkeit zu
gewinnen. Wenn man sich von dem letzten Schritt auch
nicht alsbald verjagt, so ist es doch richtig, kein Mittel
unverfügt zu lassen, das die Lage unserer arbeitslosen
Kollegen bessern könnte.

Klein. Am 18. Februar nahm eine außerordent-
liche Bezirksversammlung, die einen ungewöhnlich
starken Besuch aufwies, in der der in-
soweit der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts geschehenen
Lage Stellung. Vorwiegend J a n s e n führte aus, daß
durch die wider Erwarten erfolgte Verbindlichkeits-
erklärung des Schiedsgerichts, die allen berechtigten Grün-
den der Gesellenvertretung für Ablehnung des Schieds-
spruchs Höhe spricht, nunmehr die vertragliche
Organisation gesetzlich verpflichtet ist, jedes tarifwidrige
Handeln der Gesellschafter zu verhindern. Die drückliche
Verhältnisse stehen (auch infolge der unverständlichen Ein-
stellung der Gutachterbündler) gar keinen Erfolg durch
irgendwelche Kampfmaßnahmen erwarten. Jedoch sei der
Verlust zu empfinden, durch ein Verfallsänderungen in den
Betrieben betreffend Sitzung der Arbeitszeit. Hieraus folgte eine
äußerst erregte Ausprache, bei der von allen Rednern die
Haltung der Unternehmer scharf verurteilt wurde. Ver-
schiedene Redner glaubten auch den Führern der Organi-
sation und dem DDB, wegen nicht gehänderer Ver-
treter der Gesellschafterforderungen Vorwürfe machen zu müssen
und insbesondere das Schlichtungsverfahren als über-
lebt zu bezeichnen. Beide Gauvorsteher, Kollegen L ö s c h e r
und F e t t e, legten in längeren Ausführungen dar, daß
die von verschiedenen Rednern gegen ihre Führer und den
Verbandsvorstand erhobenen Vorwürfe unberechtigt seien,
denn gerade die Gesellschaftervertretung habe es an dem not-
wendigen Nachdruck der gerechten Forderungen der Ge-
sellschafter nicht fehlen lassen. Man habe jetzt nicht nur
gegen die eigenen Prinzipale, sondern gegen das gesamte
Unternehmertum und ganz besonders gegen die Politik der
augenblicklichen Regierung zu kämpfen, die leider nur in-
folge der Unkenntnis der Arbeiterschaft zu diesen Maß-
nahmen greifen könne. Bei der fortgesetzten Ausprache
rietern nur einige Kollegen auf Grund der augenblicklichen
Widerstände von einem drücklichen Vorgehen ab. Nach an-
genommenen Schluß der Ausprache wurde über den
weitestgehenden Antrag auf sofortige Niederlegung der
Arbeit abgestimmt, die Mehrheit entschied sich jedoch für
Ablehnung dieses Antrags.

Krefeld. In der Jahres-Hauptversammlun-
g am 22. Februar erhte ergangs in üblicher Weise das An-
denken einiger verstorbenen Kollegen sowie die Opfer der
Schweizer Begwerfatastrophe und nahm dann Mit-
teilungen des Vorsitzenden entgegen, der u. a. auf die Wichtig-
keit der bevorstehenden Wahlen zum Betriebsrat ver-
wies und erludte, die Termine genauestens einzuhalten.
Die am Vortrat getätigten Wahlen zum Bezirksvorstand
fanden nach kurzer Welpung die einmütige Billigung
der sehr stark besuchten Bezirksversammlung. Dem zurück-
getretenen Vorsitzenden des Ortsvereins R e h e t, Kollegen
K ö n i g s, dankte der Bezirksvorstand für seine zehnjährige
Tätigkeit im Vorstand. Im Jahresbericht, erstattet vom
Vorwischen, stellte dieser einige Fragen besonders heraus:

die außerordentlich starke Arbeitslosigkeit, die am Bezirks-
vortrat und im Ortsverein R e h e t 33 Proz. beträgt, und
die damit in enger Verbindung stehende Lehrlingsfrage.
Es dürfte kaum einen Bezirk geben, in dem eine ähnliche
Lehrlingszielerreichte getrieben wird. Betriebe im „Hinter-
land“ des Bezirks, die überhaupt gar nicht in der Lage
sind, den Lehrlingen das notwendige sachliche Wissen zu
vermitteln, stellen immer wieder junge Leute ein, die
prompt aufs Straßengestänge fliegen, wenn ihre Zeit um
ist. Auch Kräuter von der Spezies gibt es hier, die so
„großartig“ sind, den jungen Mann nach drei Lehrlingen
zum Gesellen zu machen, um desto eher zu einem neuen
Lehrling zu kommen. Die Kollegenfrage wird sehr
darüber zu wachen haben, daß die Lehrlingsstaffel nicht
überhäuft zu werden. An den nun folgenden Bericht über die
Bezirksvorsteherkonferenz bzw. über die Lohnverhand-
lungen mit dem traurigen Ergebnisse, dem gesetzlich
sanctionierten Lohnraub, schloß sich eine sehr rege Aus-
sprache. Die dorrierte Forderung der Unternehmerricht auf
14,5 Proz. Lohnabbau konnte man schließlich verweisen,
weil man von der Seite immerhin schon etwas gewöhnt
ist, aber die Haltung des Reichsarbeitsministers, einst
christlichen Gewerkschaftsführers, der die Allgemeinver-
bindlichkeitsklärung verfügte, ist nachgerade unerschöpflich.
Die Versammlung forderte energisch eine Reform des
Schlichtungswesens und war überzeugt, daß ohne die
„Hilfe“ des Reichsarbeitsministeriums ein anderes Resultat
herausgekommen wäre. Es wurde bedauert, daß gesetzliche
Bindungen die Gesellschafter leider außerordentlich erschweren
und die Organisation in Schwierigkeiten bringen. Das
Zustandhalten der Organisation und die Geschlossenheit der
Kollegen ist Gebot der Stunde. Der Mitgliedschaft muß
und wird ausgeweitet werden. In dem Sinne kam die
Meinung der Versammlung zum Ausdruck. Der Kassen-
bericht lag gedruckt vor. Nach kurzer Ausprache und Be-
antwortung einiger Fragen wurde dem Kassierer ein-
stimmig Entlassung erteilt. Die nächste Bezirksversammlun-
g findet in Bielefeld statt.

Landshut i. B. In der Hauptversammlung am
24. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Aus den
Jahresberichten konnte man sehen, daß das verfloßene
Jahr auch für den hiesigen Ortsverein keinen günstigen
Eindruck hinterläßt. Neben der verhältnismäßig hohen
Arbeitslosenziffer am Ort mußten noch verschiedene, zum
Teil aus der mißlichen Wirtschaftslage geborene
Unstimmigkeiten durchgearbeitet werden, so daß die Mit-
gliedschaft auf ein arbeitsreiches Jahr zurückbildet. Der
Besuch der Versammlungen war leider nur mittelmäßig.
An die mit Dank verbundene Entlassung des gesamten
Vorstandes schloß sich eine etwas langwierige Neuwahl.
Der Vorwisch bleibt auch fernherhin in den selbstbewährten
Händen des Kollegen K a r l B r e n n e r, wie ebenso
Kollege F r. B i e r l bis auf weiteres noch die Kassen-
geschäfte führt. Auch im Vorstand des Vereinsverbandes
ergab sich keine Änderung. Der Jahresbericht des letzteren
ließ eine rege Tätigkeit erkennen, die zwar von den Lehr-
lingen durch zahlreichen Besuch der Kurzausbildung ge-
würdigt wurde, nicht aber von den Gesellen. Es folgten
Befehungen verschiedener Einläufe und lokaler An-
gelegenheiten.

Leitbergen i. B. In der Jahres-Hauptver-
sammlung am 31. Januar war gut besucht. Nach den
geschätzlichen Mitteilungen gab Vorwischen M i l l e r den
Jahresbericht. Die Mitgliederzahl ist 1930 fast geblieben,
leider hatten wir auch sehr unter der Arbeitslosigkeit im
Gewerbe zu leiden. Bei der Vorstandswahl wurde der alte
Vorstand (Kollege C. W i l l e r als Vorwischer und
O t t o S a g e n d e t t e r als Kassierer) einstimmig wieder-
gewählt. Aus der Versammlung heraus wurde dem Vor-
stand der Dank aller Kollegen ausgesprochen für seine
Arbeit im Dienste des Ortsvereins und für die energische
Wahrung der gewerkschaftlichen Interessen. Der Vorwische
dankte im Namen des Vorstandes. Möge das Jahr 1931
unter einem besten Stern enden als es begonnen!

Schweningen a. N. In der Generalversammlun-
g vom 28. Januar wies einen guten Besuch auf. Vorwischen
E n g e l h a r d t erstattete einen längeren Bericht über das
verfloßene Jahr und ging im besonderen auf die Aufgaben
und die Arbeit des Ortsvereins ein. Die fürchtbare Krise,
die über die gesamte Wirtschaft hereingebrochen ist, wirkte
sich in gleicher Maße auch für unsere Kollegen am Ort
aus. Trotz Wegzugs mehrerer arbeitsloser Kollegen haben
wir noch fünf Arbeitslose am Ort, dazu noch einige Be-
triebe, die schon längere Zeit verliert arbeiten. Für die
mustergültige Kassenführung wurde dem Kassierer Ent-
lassung erteilt. Die Neuwahlen gingen rasch vonstatten.
Alle Funktionäre, bis auf den ersten Vorwischen, Kollegen
E n g e l h a r d t, der leider nicht mehr zu bewegen war im Mute
zu bleiben, bezielten ihre Funktionen. Als erster Vor-
wischer wurde fast einstimmig Kollege P a u l H a m m e r
gewählt. Die Versammlung sprach dem ausführenden
Kollegen Engelhardt besten Dank aus für seine langjährige
Tätigkeit als Vorwischer des Ortsvereins. Nach Erledi-
gung einiger interner Angelegenheiten fand die gut ver-
kaufene Versammlung ihren Abschluß.

-r. Siegen. Eine große Anzahl Mitglieder hatte sich zur
Teilnahme an der großen diesjährigen B e z i r k s v e r -
s a m m l u n g am 22. Februar nach hier begeben. Wamen-
lich waren die Bezirksorte gegenüber dem Vortrat sehr gut
vertreten. Vorwischer M e t z e l gab in seiner Begrüßung
ein Bild von der augenblicklich herrschenden Mißstimmung
in den Reihen der Mitglieder, hervorgerufen durch den
Schandbescheid des Reichsgerichts. Die geschätzlichen
Mitteilungen gelangten zur Kenntnis. Ebenso der Jahres-
und Kassenbericht. Dem Kassierer K l a s s konnte für ein-
wandfreie Führung der Kassengeschäfte Entlassung erteilt
werden. Nachdem der vom Vortrat gewählte Vorstand seine
Bestätigung gefunden, erfolgte Berichterstattung von der
Bezirksvorsteherkonferenz in Köln. Den Ausführungen der
Vertrauensleute war zu entnehmen, daß man neben Ein-
führung von Kurzarbeit und Entlassungen auch versucht
hat, die Leistungsulagen in Weg zu bringen. Letzteres
ist im allgemeinen an der geschlossenen Abwehr der
in Betracht kommenden Personale gescheitert. Die Ausprache
zu den Berichten befafte sich im wesentlichen mit dem zum
Lohnabbau gefüllten Schiedsgericht. Es wurde geradezu
unerschöpflich empfunden, daß in einer Zeit, wo von
Preisabbau sehr wenig zu spüren ist, ein solcher Schieds-
gericht Verbindlichkeit von höchster Stelle aus erlangt hat.
Folgende Entschließung gelangte zur einstimmigen An-
nahme: „Die am heutigen Tage in Siegen tagende Be-
zirksversammlung des Verbandes der Deutschen Buch-

bruder spricht dem Reichsgericht für das wenig soziale Verständnis gegenüber den arbeitlosen Kollegen im Buchdruckerberuf die schärfste Mißbilligung aus und fordert von ihrer Führung weiterhin die schärfsten Maßnahmen, um die Frage einer gerechten Lösung entgegenzuführen." Nach Belegung der Sachverständigen- und innerer Angelegenheiten fand die anregend verkaufene Versammlung ihren Abschluß.

**Frieh.** Unsere Jahres-Hauptversammlung am 16. Februar hatte in Anbetracht der äußerst kritischen Lage im Gewerbe einen guten Besuch zu verzeichnen. Ein gang der Tagesordnung gedachte Vorsitzender Herr Jöhnd vier verdorbener Kollegen, die uns im Laufe des Jahres durch die Unmacht des Todes entziffen wurden. Unter „Gesäftlidem" wurde festgestellt, daß sowohl die Stadterwaltung wie einzelne private Firmen verabsühten, ihre Drucksachen auswärts herstellen zu lassen. Dagegen wurde Verwarung eingereicht mit der Begründung einerseits, daß wir ebenso qualifiziert sind wie die auswärtigen Kunstrempel; andererseits die Stadterverwaltung speziell intereßiert sein muß, unsere Arbeitslosen finanziell zu unterstützen. Der Kennbericht, der gestellt vorlag, wurde einstimmig akzeptiert. Kollege Seemann mußte in seiner Eigenschaft als Bezirksstatistiker leider konstatieren, daß das letzte Geschäftsjahr fast das schwächste seit 1923, der Inflationszeit, war, infolge der wirtschaftlichen Depressen. Daten wir 1929 28 Arbeitslose, so sehen wir heute mit 56 Arbeitslosen bei einer Mitgliedschaft von 248 Kollegen an der Spitze im Gau. Eine lebhaft Debatte setzte ein über die Verbindlichkeitsklärung des Lohnbauschiedsspruchs durch den Reichsarbeitsminister. Deutlich kam zum Ausdruck, daß auch diesmal Gewalt vorzuziehen ist. Schärfster Protest wurde erhoben und gefordert, daß dieser unsozialen Maßbesugnis ein Dämpfer aufgelegt wird. Verlangt wurde vor allem, die vierzigstündige Arbeitszeit einzuführen, um unsere Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen und dreierweise vorzugehen, um den prozentigen Abbau zu verhindern. Dem Vorstand in Verbindung mit einigen tatkräftigen Kollegen ist es gelungen, den Waternaustausch generell zu unterbinden, was mit Dank anerkannt wurde. Außer einigen Neuweisungen blieb der alte Vorstand im Amt. Eine zeitgemäße Ehrung wurde im vergangenen Jahr dem Senior und ehemaligen langjährigen Bezirksvorsitzenden Kollegen Wittala u. s. Herr Jöhnd durch die Trierer Gefüßenschaft zuteil anläßlich seines 60jährigen Verbindungs jubiläum, was um so mehr der Beachtung verdient, als sein Sohn, Kollege Michael Herrig, seit zwei Jahren den Bezirksvorsitz hat. Kollege Herrig betonte am Schluß seiner Ausführungen, nachdem er allen Funktionären Dank erstattet für die im vergangenen Jahr geleistete Mitarbeit, daß es ein Gebot der Stunde sei, mehr denn je in dieser bewegten Zeit Kollegialität und Solidarität zu üben.

**Waldenburg i. Schl. (S. 104.)** Am 7. Februar fand hier eine Vortragsveranstaltung statt, zu der auch Delegationen aus Schwednitz, Neurode, Glash und Mühlberg erschienen waren, um über die Neuregelung der Sparte zu beraten. Vom Gau aus wird angeregt, daß die Druckorte, die bisher nur einer Bezirksvereinigung angehörig waren, aber so viel Mitglieder aufweisen, daß sie örtlich eine Vereinigung selbst unterhalten können, zur Gründung einer Ortsleitung schreiben müssen. Dieser Anregung wurde stattgegeben, und auf der Bezirksversammlung wurden diese zum Beschluß erhoben werden. Um aber den Kollegen gegenüber, die bisher zur Bezirksvereinigung gesteuert haben, keine Härten aufkommen zu lassen, hat sich der Vorstand dahingehend geäußert, daß diejenigen Druckorte, die eine eigene Vereinigung ins Leben rufen, vom zweiten Quartal 1931 ab eine Rückvergütung von 30 Proz. erhalten, um somit eine Beitragserhöhung zu vermeiden. Nach Erstattung des Jahresberichts durch Kollegen Wenzel referierte Kollege Weisfeld über das Thema: „Streikfertig durch die geschäftliche Entwicklung des Tarif". Der Redner verstand es sehr gut, die Kollegen in seinen Ausführungen über allerlei Wissenswertes zu unterrichten. Reicher Beifall lohnte ihn für seine Mühe. Unter „Verständlichem" wurde zum Schiedsspruch Stellung genommen.

**Wilmshofen-Hüttingen.** Unsere letzte Versammlung beschäftigte sich u. a. auch mit dem Lohnbauschiedsspruch für das Buchdruckerberuf. Die hiesige Kollegenchaft war entriß über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs und sie wird auf dem Wege drückiger Verhandlungen versuchen, das Unrecht zurück zu machen. Da der hiesige K. V. Betrieb der Lohnarbeit nicht mitmacht, steht zu erwarten, daß auf dem Verhandlungswege auch die übrigen Betriebe dem Beispiel des Arbeiterbetriebes folgen und ebenfalls die bisherigen Löhne weiterzahlen.

### Allgemeine Rundschau

**Verbindlichkeitsklärung des Schriftgießerschiedsspruchs.** Der Schiedsspruch für das Schriftgießergewerbe vom 9. Februar (siehe „Korr." Nr. 13 vom 14. Februar 1931) diffidierte eine Sentenz des Spigenlohnes für alle über 24 Jahre alten gelernter Arbeiter von 60,48 auf 56,64 M. in der Woche. Dieser durch nichts gerechtfertigte Lohnbauschiedsspruch erfuhr einmütige Ablehnung durch die gesamte Schriftgießergewerkschaft, worauf die Unternehmer die Verbindlichkeitsklärung beantragten. Bevor das Reichsarbeitsministerium zur Frage der Verbindlichkeits Stellung nahm, mußte es die Parteien in einer allgemeinen Verhandlung noch einmal anhören. In mehreren Verhandlungen wurde von den Vertretern der Arbeiterchaft noch einmal die unsinnige Politik des Lohnbaues erörtert und die Preis- und Lohnpolitik im Schriftgießergewerbe aufgerollt, wobei das große Problem der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den Vordergrund trat. All diesen Fragen stand die andere Seite verständnisvoll und intereßiert gegenüber. Dem Vertreter des Arbeitsministeriums ist es schließlich nach langen Bemühungen gelungen, die Unternehmer zu bewegen, die Lohnsenkung, anfangs am 1. Januar, erst ab 4. Februar eintreten zu lassen. Da die Unternehmer durch diesen Maßschiedsspruch eine nicht unerhebliche Lohnsenkung erreicht haben, ist zu hoffen, daß es durch betriebliche Vereinbarungen gelingt, auch über den 4. Februar hinaus noch etwas zu erreichen.

Die Verbindlichkeitsklärung hat folgenden Wortlaut: „In dem Lohnstreit zwischen dem Verein Deutscher Schriftgießereien E. V. und dem Verband der Deutschen Buchdrucker, dem Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, beide vertreten durch die Zentralkommission der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, wird der Schiedsspruch vom 9. Februar 1931, der unter dem Vorbehalt eines vom Reichsarbeitsminister für diesen Streikfall bestellten Schlichters gefaßt worden ist, gemäß Artikel 1 § 6 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 für verbindlich erklärt. Die Arbeitgeberseite hat sich dem Reichsarbeitsministerium gegenüber verpflichtet, im Falle der Verbindlichkeitsklärung die Lohnsenkung anfangs am 1. Januar erst ab 4. Februar 1931 in Kraft treten zu lassen. Im Auftrag: gez. Dr. Stgler. Beglaubigt: Neuhof, Ministerial-Rangleialistent."

**Maßnahmenversuch Beispiel.** Die drückliche Buchdrucker „Harte" in Bad Bionnenburg (Schl.) zählt ihrem gesamten Personal den alten Lohn, der zum Teil über Minimum steht, weiter. Die Geschäftsleitung ist der Meinung, daß es für so manchen ihrer Arbeiter eine Härte wäre, einen Lohnabbau vorzunehmen. Auch bei anderen Gelegenheiten, z. B. Weihnachten und am Geschäftsausflug, überreicht die Geschäftsleitung Wirtschaftshilfen an das Personal schon seit Jahren.

**Meißnerprüfung.** Vor der Handwertstammer Berlin bestanden folgende Berufsgehörigen die Meisterprüfung: Walter Hanemann, Viktor v. Malottki, Willi Thiele, Richard Thiele, sämtlich aus Berlin.

**Geher und Schandparagraf.** Die Verhaftung des Stuttgarter Arztes Friedrich Wolf wegen angeblichen Vergehens gegen den Schandparagraf 218 hat wieder einmal das Interesse der Arbeiterchaft auf den Kampf gegen den § 218 gelenkt. Je breiter die Kreise im Volke werden, die für die Beseitigung jenes reaktionären Paragrafen kämpfen, desto hartnäckiger besteht eine schritt rückschrittliche Ärzte auf der Wahrung des § 218. Eine amüsante Gestalt, die den „Mut" einer bestimmten Sorte von Wissenschaftlern charakterisiert, hat sich jetzt in der ärztlichen Handpresse zum § 218 aufgetragen. In der Januarnummer des „Sörrohr", Beilage der „Ärztlichen Mitteilungen für Berlin", war folgende Notiz zu lesen: „Nach den Statistiken des Preussischen Landesgesundheitsamtes gelangen in Deutschland jährlich 60 000 Abtreibungsfälle zur Kenntnis der Ärzte. Davon sterben durchschnittlich 10 000 Frauen infolge ungenügender Behandlung und rund 50 000 verfallen einem dauernden Siedtum. Wann werden diese erschütternden Zahlen den Reichstag veranlassen, den Schandparagrafen 218 aufzuheben?" Die „Ärztlichen Mitteilungen" sehen auf dem Boden der ärztlichen Standesorganisation, wie sie vom reaktionären Hartmann-Bund vertreten wird. Alle Welt war deshalb erstaunt, im „Sörrohr" plötzlich den § 218 als „Schandparagraf" bezeichnet zu finden. Doch das Näher sollte sich bald lösen. In der Februarnummer des „Sörrohr" war nämlich folgende Erklärung der Schriftleitung zu lesen: „Im Januar-Hefest des „Sörrohr" erschien unter dem Titel „Wissen Sie schon?" u. a. eine Notiz, die auf den Abtreibungsparagraf 218 Bezug nimmt und seine Aufhebung propagiert. Ihre Kurze ein bedauerliches Versehen in der Druckerei ohne Kontrolle der Schriftleitung war es möglich, daß diese Notiz mit allem Stiefhals zusammen Aufnahme in unserer Zeitschrift fand. Selbstverständlich hat sich die Einstellung der deutschen Ärztschaft in dieser Frage nicht geändert, sie wird auch in Zukunft in weit überwiegender Mehrheit gegen die Aufhebung des § 218 sein." Wie jammerschmerzlich es doch um die Vertriebenen des Gebirgslandes für die proletarischen Frauen bestellt sein, wenn sie sich hinter dem Geher verstecken müssen, der ohne Kontrolle der Schriftleitung" plötzlich die politische Änle des Hartmann-Bundes verbietet. Man hört zwar oft davon, daß gewisse Ärzte Mühen haben und sogar Instrumente bei Operationen im Leibe ihrer Patienten liegen lassen, daß aber jetzt sogar auch der Geher für „Kunstfehler" verantwortlich gemacht werden kann, das dürfte denn doch eine Gipfelleistung darstellen. Die Hartmann-Bündler hätten besser getan, zu bekennen, daß die Redaktion im Schandrian irgendwo eine Notiz aufgefunden und in die Serehe gegeben hat, ohne sie zu prüfen. Der Schandparagraf ist in diesem Falle zum Kennzeichen für die Schande einer bestimmten Sorte „Wissenschaftler" geworden. Aber immerhin — der Geher soll es wieder mal gewesen sein!

**Das Gend der Presse in Polen.** Innerhalb einer Woche standen vor dem Bezirksgericht in Bromberg nicht weniger als 33 Pressprozesse gegen den verantwortlichen Redakteur der „Gazeta Bydgoska", eines polnischen Oppositionsblattes, zur Verhandlung, davon 13 an einem Tage. Da es sich hier um eine polnische Zeitung handelte, verließ die ganze Aktion ziemlich harmlos: ein Teil der Verfahren wurde aus prozessualen Gründen niedergelassen, ein anderer Teil vertagt, in allen übrigen Fällen aber wurde der Angeklagte freigesprochen und die feinerzeugten erfolgten Beschlagnahmen des Blattes aufgehoben. Damit wurde dokumentiert, daß die Beschlagnahmen zu unrecht erfolgt waren. Nicht so gut ergiebt es den Redakteuren deutscher Zeitungen: Unter 10 Prozessen gegen Ausländerische wegen der an den Deutschen im Kreise Tarnowig bezogenen Terrorakte während der letzten Wochen befand sich auch einer gegen den Redakteur Mai vom „Tarnowischer Kreis- und Stadtblatt". Von den Angeklagten wurden die meisten wegen „Mangels an Beweisen" freigesprochen und nur einige von ihnen zu ganz geringfügigen Geldstrafen von im Höchstfalle 30 Zloty gerurteilt. Dagegen erhielt der genannte Redakteur, weil er über die betreffenden Vorfälle berichtet hatte, eine Gefängnisstrafe von einem Monat, die in eine Geldstrafe von 450 Zloty umgewandelt wurde. Vor dem polnischen Bezirksgericht fand der verantwortliche Redakteur des „Polener Tageblattes", Alexander Zurch, unter der Anklage, eine Bewöferungsflasse gegen die andre aufgereizt zu haben. Das der Anklage zugrunde liegende „Vergehen" und dessen Beurteilung durch die Richter ist so bezeichnend für die Verhältnisse, unter denen die deutsche Presse in Polen steht, daß es hier mitgeteilt zu werden verdient. Das „Polener Tageblatt" hatte im vorigen Jahr einen Artikel veröffentlicht, der die Tendenz hatte, im pazifistichen Sinne zu wirken, indem er die

Brüderhand zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen ausstreckte. Dem Artikel war als Motto der polnische Wahlspruch vorangestellt: „Nie wird der Deutsche des Polen Bruder sein!" In dem Umstand, daß hier „der Deutsche" zuerst genannt wurde und nicht, wie es im Polnischen heißt: „Nie wird der Pole des Deutschen Bruder sein", erblickte der Staatsanwalt ein Vergehen gegen den § 130 des Strafgesetzbuches (Aufreizung). Die betreffende Ausgabe des Blattes wurde beschlagnahmt und gegen den verantwortlichen Redakteur Anklage aus dem genannten Paragrafen erhoben. In erster Instanz wurde der Angeklagte schuldig befunden und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Jetzt wurde das Urteil auch in der Berufungsoverhandlung bestätigt. In einem weiteren Prozeß wurde, ebenfalls in der Berufungsinstanz, derselbe Redakteur wegen „Verächtlichmachung von Staatsanrichtungen" (§ 131) zu 100 Zloty Geldstrafe verurteilt.

**Befämpfung der Doppelverdienner.** Gegen die Doppelverdienner, deren Zahl auf rund 600 000 geschätzt wird, soll jetzt energig vorgegangen werden. Wie notwendig ein Einschreiten ist, erhellt aus einer Notiz der „Buchdruckerwoche". Danach hat eine Reichsbehörde, die nur einige hundert Beamte hat, festgestellt, daß alljährlich vom Jahre 1927 ab bis jetzt eine wachsende Zahl von Wartegeldempfängern auf den Ruf zur Übernahme vorübergehender Tätigkeit, ja sogar auf die Aufforderung zum Einrücken in Plantellen überhaupt nicht reagierte! 1928 lehnten von 268 Wartegeldempfängern 85 ab, 1929 von 196 93 (sagt die Hefte!), 1930 von 143 21. Im Jahre 1928 befanden sich darunter sogar drei Wartegeldbesitzer des höheren Dienstes. Und dies geschah nur bei einer einzigen kleineren Behörde! Daraus geht hervor, daß eine große Anzahl von Personen längst ein neues, zweifellos noch besseres Auskommen gefunden haben, das Wartegeld aber ruhig weiter einbringen. So werden Untermen öffentlicher Gebete mißbraucht! Ähnliche Verhältnisse bestehen bei den Besondereempfängern. Tausende von diesen, die es in Anbetracht der Höhe ihrer Pension nicht nötig halten, nehmen an dem zum Schaden der Volkswirtschaft die Arbeit fort. Selbstverständlich ist wohl, daß in einer Zeit, in der fünf Millionen Volksgenossen in Verarmung sind, den Beamten keine Vorzugsrechte eingeräumt werden, d. h. das Recht, außer ihrer Pension, sofern sie zureichend ist zum Lebensunterhalt, noch nebenbei zu verdienen. Die sonstigen Arbeitnehmer dürfen es ja auch nicht. Es braucht nur ein Arbeitloser eine längere oder wiederholte Schwarzarbeit zu verrichten, so wird ihm die Unterbringung gekürzt. Es ist hart, daß der noch arbeitenden Bevölkerung immer mehr Steuern in Form von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung auferlegt werden, während die Doppelverdienner andere mehr oder weniger Brot stehen und überhaupt keine Abgaben dafür zahlen!

**Arbeitsvermittlung in geperrte Betriebe betreffend.** Von einer Gewerkschaft war über einen Betrieb die Sperrverhängung worden, weil der betreffende Unternehmer sich weigerte, die Bestimmungen des maßgebenden Tarifvertrags einzuhalten. Vom zuständigen Arbeitsnachsamt war nun ein Arbeitslohn in diesen Betrieb einzuweisen worden, und als er sich weigerte, dort in Stellung zu treten, weil er kein Streikbrecher werden wollte, wurde ihm die Erwerbslosenunterstützung entzogen. Dabei berief sich das Arbeitsamt auf einen Bescheld des Reichsarbeitsministeriums vom 19. März 1926, wonach die Arbeitslosen nicht berechtigt sind, Arbeit in gesperrten Betrieben zu verweigern. In dessen hat in letzter Instanz das Reichsversicherungsamt dahin erkannt, daß dem Arbeiter kein Vorwurf aus seiner Handlungsweise gemacht werden könne, und daß ihm die Erwerbslosenunterstützung aus den dargelegten Gründen nicht entzogen werden dürfe. Nach dem Grundrah der Tarifreue wird es als Bescheld gegen die guten Sitten angesehen, wenn ein Unternehmer einen für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag nicht einhält und durch unethische Entlohnung seiner Arbeiter die tarifreuen Wettbewerber unterdrückt. Deshalb gilt auch die Sperrverhängung, die von einer Arbeiterorganisation über einen solchen Betrieb verhängt wird, als wirtschaftlich erlaubtes Kampfmittel, und gegen einen Arbeiter, der in einem solchen Betrieb Stellung nimmt, kann der Verband mit Recht die Verhängung des Berufs als Kampfmittel anwenden. Durch die Verhängung eines solchen Berufs wird zum Ausdruck gebracht, daß der betreffende Arbeiter gegen die Berufsschere verstoßen hat. Daraus folgt aber, daß einem Arbeiter nicht zugemutet werden kann, eine Arbeit in einem Betrieb anzunehmen, über den wegen Verletzung des Tarifvertrags die Sperrverhängung ist. Denn die Übernahme der Arbeit, die sich gegen die eigenen Berufsgehörigen auswirkt, würde von ihnen mit Recht als ein Bescheld gegen die guten Sitten angesehen werden. (Reichsversicherungsamt 4. April 1930 — IIIa. Ar. 150. 20.)

**Unternehmervertrag vor internationalem Lohnvergleich.** Das Internationale Arbeitsamt in Genf hatte sich kürzlich mit der Forderung der deutschen Unternehmerverbände auf Einstellung seiner Reallohnvergleichsstatistik zu befassen. Dieser Forderung wurde erfreulicherweise jedoch keine Folge gegeben. Der Verwaltungsrat beschloß vielmehr mit 17 gegen eine Stimme, d. h. gegen die des deutschen Unternehmervertreter, die Erhebung zum Zweck einer internationalen Vergleichung der Reallohn fortzusetzen und die Methoden der Erhebung auszubauen und zu verbessern. Daß die deutschen Unternehmer selbst von ihren ausländischen Kollegen im Stich gelassen wurden, ist der schlagendste Beweis dafür, daß der Lohnabbau in Deutschland in keiner Weise zu rechtfertigen ist. Der Antrag selbst zeigt, wie sehr die deutschen Unternehmer einen internationalen Lohnvergleich fürchten.

### Literarisches

**„Geschlecht und Ehre."** (Die Kritik der Sexualität und der Untergrund der Ehe.) Von Dr. Helmut Schneider. 370 Seiten. H. W. Niemeyer, zu Danzichen gebunden 12 M. Karf-Meißner Verlag in Dresden. Dieses interessante Buch eines Rates, das die Zusammenhänge der Sexualität mit den verschiedenen Beweisen der Politik darstellt, mündet sich vor allem an Arbeiter und Angehörige, denen wird in der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Wändrung einer Familie und Aufbruch des Nachwuchses zugemutet. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür aber nicht gegeben. In der sozialen Form der Ehe ist Geschlechtverhältnis. Die Folgen, ein reicher Kinderkinder, stehen in Widerspruch zur Sozialpolitik, die jede Familie als erwerbende. Jede Ehenbindung des Kindeslebens bedroht der Staat mit Strafe. Auf der anderen Seite ist er aber nicht in der Lage, dem Rohreinfommen der Arbeiter und Angestellten eine Angleichung an den Wohlstand zu ermöglichen. In der Lage des Verhältnisses zwischen Mann und Frau in der Ehe wirkt mächtig

